

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 10.11.2021

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Bruder Vorsitzender

Herr Huhn

Frau Kesting

Frau Sack

Frau Schönfeld

Herr Seidenberg

Frau Stock AG Wohlfahrtsverbände

Herr Winkelmann

Herr Wittler

(bis 17:45 Uhr)

Beratende Mitglieder

Herr Hagemann SPD-Fraktion

(bis 17:45 Uhr)

Herr Jung CDU-Fraktion

CDU-Fraktion

Frau Schönrock-Beckmann SPD-Fraktion

(ab 17:46 Uhr

Vertretung für

Herrn Hagemann)

Frau Labarbe Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen

Herr Möller Behindertenhilfekoordinator,
Büro für Integrierte Sozial-
planung und Prävention

Herr Sondermann FDP-Fraktion

(Vertretung für
Frau Elders)

Stellvertretende Mitglieder

Frau Beckmann

Frau Dörrie-Sell

Herr Klein

Herr Walczok

Verwaltung

Herr Hagedorn
Herr Hiltawsky

Bauamt
Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Schriftführung

Herr Schloemann

Amt für soziale Leistungen -
Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden zur 5. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einführung und Verpflichtung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Beirates für Behindertenfragen

Es sind keine zu verpflichtenden Mitglieder anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner*innen anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Sitzungstermine in 2022

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Übersicht der Sitzungstermine im Jahr 2022.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Fachstelle Frühförderung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung des Sozialamtes.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Fuldaer Erklärung zum Bundesteilhabegesetz vom Beirat der Angehörigen und gesetzlichen Betreuer*innen im Bundesverband ev. Behindertenhilfe**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die als Tischvorlage ausliegende Erklärung (**Anlage 1**) und erteilt das Wort Herrn Winkelmann, der kurz auf die Forderungen aus der Erklärung eingeht.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **Schreiben des Beirates der Angehörigen und gesetzlichen Betreuer*innen im Bundesverband ev. Behindertenhilfe an die Abgeordneten des Bundestages**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf das als Tischvorlage ausliegende Schreiben (**Anlage 2**) und erteilt das Wort Herrn Winkelmann, der kurz über die Intention des Schreibens informiert.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Demontage der Fußwegbeschilderung im Grünzug zwischen Teutoburger Straße und Otto-Brenner-Straße**

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Dr. Bruder weist die Verwaltung darauf hin, dass die Antwort des Umweltbetriebes auf die Anfrage noch nicht vorliege.

Herr Seidenberg ergänzt, dass er ein Telefonat mit dem zuständigen Abteilungsleiter des Umweltbetriebes, Herrn Heiermann, geführt habe. Die Verwaltung prüfe derzeit, durch wen und weshalb eine Demontage der Fußwegbeschilderung veranlasst worden sei.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder hält fest, dass der Beirat für Behindertenfragen der Antwort der Verwaltung mit Interesse entgegen sehe.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

Dritter Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld - Entwurf Hier: Barrierefreiheit - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2465/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder informiert die Anwesenden, dass der **Stadtentwicklungsausschuss** in der Sitzung am 02.11.2021 die Beschlussvorlage in 1. Lesung behandelt habe. In der Sitzung habe er den Standpunkt der Menschen mit Behinderung gegenüber dem Baudezernenten der Stadt Bielefeld, Herrn Moss, und dem Leiter des Amtes für Verkehr, Herrn Lewald, nochmals deutlich gemacht. Die Hochbahnsteige entsprächen nicht den aktuellen Vorgaben und seien zum Teil auch nicht vollständig barrierefrei.

Als Ergänzung zur Berichterstattung in der Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 06.10.2021 liege eine Mitteilung der Verwaltung (**Anlage 3**) als Tischvorlage vor.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder äußert sein Befremden darüber, dass die Verwaltung vom 01.01.2013 bis heute keine völlige Barrierefreiheit im ÖPNV hergestellt habe. Er habe den Eindruck, dass das Thema Barrierefreiheit innerhalb der Verwaltung nicht mit der erhofften Priorität verfolgt werde.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder informiert, dass der **Seniorenrat** in der Sitzung am 27.10.2021 den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt und einen abweichenden empfehlenden Beschlussvorschlag gefasst habe. Er empfehle dem Beirat für Behindertenfragen, einen inhaltlich gleichen, ablehnenden Beschlussvorschlag zu fassen. Er schlägt folgende Formulierung vor:

Nach Kenntnisnahme des Berichtes der Verwaltung zu dem Kapitel „Barrierefreiheit“ aus dem Entwurf des dritten Nahverkehrsplanes lehnt der Beirat für Behindertenfragen den Beschlussvorschlag ab.

Stattdessen empfiehlt der Beirat für Behindertenfragen dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, eine Überarbeitung des Kapitels „Barrierefreiheit“ unter Berücksichtigung folgender Modifikationen vorzunehmen:

- 1. Stadtbahnhaltestellen: eine Überprüfung der bestehenden Defizite für sensorisch eingeschränkte Personen sowie die Überprüfung der Ausbaupriorisierung.*
- 2. Bushaltestellen: eine engagiertere Zeitprognose unter Berücksichtigung von Priorisierung gemäß dem Bewertungsprofil.*

Vorsitzender Herr Dr. Bruder eröffnet die Diskussion über den Beschlussvorlag, an der sich Frau Schönfeld, Herr Seidenberg, Herr Walczok und Herr Winkelmann beteiligen.

Herr Seidenberg empfiehlt im Beschlussvorschlag die gleichwertige Behandlung der Haltestellen für alle Nutzergruppen. Da es auch unter den Schüler*innen Menschen mit Behinderung gebe, die auf barrierefreie Haltestellen angewiesen seien, dürfe der barrierefreie Ausbau von Schulbushaltestellen in der Priorisierung nicht so weit nach hinten rücken. Dies diene auch der Förderung der inklusiven Beschulung. Herr Winkelmann unterstützt den Vorschlag von Herrn Seidenberg.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder schlägt folgende Formulierung als Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

Unabhängig von den Nutzungsgruppen müssen alle Haltestellen zeitnah barrierefrei umgestellt werden.

Seitens der Anwesenden werden dagegen keine Einwände geäußert.

Der Beirat für Behindertenfragen fasst folgenden, von der Beschlussvorlage abweichenden

Beschluss:

Nach Kenntnisnahme des Berichtes der Verwaltung zu dem Kapitel „Barrierefreiheit“ aus dem Entwurf des dritten Nahverkehrsplanes lehnt der Beirat für Behindertenfragen den Beschlussvorschlag ab.

Stattdessen empfiehlt der Beirat für Behindertenfragen dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, eine Überarbeitung des Kapitels „Barrierefreiheit“ unter Berücksichtigung folgender Modifikationen vorzunehmen:

- 1. Stadtbahnhaltestellen: eine Überprüfung der bestehenden Defizite für sensorisch eingeschränkte Personen sowie die Überprüfung der Ausbaupriorisierung.**
- 2. Bushaltestellen: eine engagiertere Zeitprognose unter Berücksichtigung von Priorisierung gemäß dem Bewertungsprofil.**

Unabhängig von den Nutzungsgruppen müssen alle Haltestellen zeitnah barrierefrei umgestellt werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Wohnungsmarktbarometer 2021

Herr Hagedorn informiert die Anwesenden anhand einer Präsentation (**Anlage 4**) über die aktuellen Entwicklungen auf dem Bielefelder Wohnungsmarkt.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Herrn Hagedorn für seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Auf Nachfrage von Herrn Jung teilt Herr Hagedorn mit, dass es im Neubaugebiet Blackenfeld 25% geförderte Wohneinheiten geben werde. Die BGW verhandele derzeit mit dem Projektentwickler über die Errichtung von Wohneinheiten im Baugebiet. Sofern diese Verhandlungen positiv verliefen, könne Herr Jung davon ausgehen, dass die BGW auch rollstuhlgerechte Wohnungen anbieten werde. Herr Walczok schlägt bezüglich der Konversionsfläche Rochdale-Kaserne vor, das Quartier inklusiv auszubauen. Gleichzeitig sollten Studierenden, die sich bereiterklären, Menschen mit Behinderung zu unterstützen, vergünstigte Wohneinheiten angeboten werden. Herr Hagedorn informiert die Anwesenden, dass es in der Konversionsfläche Rochdale-Kaserne mind. 33% geförderte Wohneinheiten geben werde. Das Bauamt stehe bezüglich der Entwicklung des Quartiers – auch im Hinblick auf Inklusion – in engem Kontakt mit den Sozialplaner*innen. Die Idee „Wohnen für Hilfe“ sei jedoch aufgrund der hohen Auslastung des Personals der Abteilung Wohnungsbauförderung zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzbar.

Herr Winkelmann teilt mit, dass die älteren Wohneinheiten der Wohnungsbaugesellschaften oft nicht barrierefrei seien. Die Wohnungsbaugesellschaften würden argumentieren, dass ein barrierefreier Umbau nur schwer realisierbar sei. Herr Hagedorn weist darauf hin, dass es ein Förderprogramm für bauliche Maßnahmen im Wohnungsbestand gebe. Das Land stelle ein Darlehen für Modernisierungsmaßnahmen zur Verfügung, von dem je nach Umfang der Maßnahmen zwischen 70% und 80% zurückzuzahlen seien. Weitere Informationen zum Förderprogramm könnten unter <https://www.bielefeld.de/node/6080> abgerufen werden.

Herr Seidenberg ergänzt aus eigener beruflicher Erfahrung, dass eine barrierefreie Modernisierung auch bei Altbauten möglich sei.

Auf Bitte von Herrn Winkelmann sichert Herr Hagedorn zu, zur Klärung weiterer Fragen in den **Arbeitskreis „Wohnen, Arbeit und Beschäftigung“** zu kommen.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder hält abschließend fest, dass ein stetig wachsender Bedarf an barrierefreiem Wohnraum, auch im Hinblick auf die älter werdende Gesellschaft, bestehe.

-.-.-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2748/2020-2025

Herr Möller informiert die Anwesenden mit einer Präsentation (**Anlage 5**) über die Informationsvorlage. Der Aktionsplan Inklusion erscheine jährlich und werde aktuell in Bielefeld verteilt. Der den Anwesenden ausgehändigte „Wegweiser Wohnen“ stehe auch als Download unter <https://www.bielefeld.de/wegweiser-wohnen> zur Verfügung. Alternativ könnten Druckexemplare bei Herrn Möller angefordert werden.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Frau Schönfeld, Herr Seidenberg, Herr Walczok und Herr Winkelmann.

Herr Seidenberg moniert, dass die Sprache des Aktionsplanes nicht für jedermann verständlich sei. In Anbetracht der Zielgruppe empfehle er, verstärkt leichte Sprache als Standard zu nutzen. Herr Möller teilt mit, dass die Inklusionsplanung alle Menschen ansprechen wolle. Da nicht alle Menschen Texte in leichter Sprache als Standard benötigten und wünschten, sei es schwierig, eine für alle gleichermaßen passende Kommunikationsform zu finden. Das „Aktionsbündnis Inklusion“ versuche, von der Fachsprache zu einer bürger*innenfreundlichen Sprache zu kommen. Beispiele für die gute Zusammenarbeit mit den Expert*innen im „Aktionsbündnis Inklusion“ seien Angebote für Lesungen in leichter Sprache oder der „Wegweiser Wohnen“.

Herr Winkelmann ergänzt, dass die gesetzliche Verankerung der leichten Sprache eine der Forderungen des unter Punkt 3.4 dieser Sitzung behandelten Schreibens des Beirates der Angehörigen und gesetzlichen Betreuer*innen im Bundesverband ev. Behindertenhilfe an die Abgeordneten des Bundestages sei. Zur Teilhabe und Partizipation müssten Texte in leichter Sprache verfügbar sein. Herr Möller weist darauf hin, dass die Inklusionsplanung stets alle Texte auch in leichter Sprache anbiete.

Herr Walczok merkt an, dass die Übersetzung von Texten in leichte und einfache Sprache ausgesprochen schwierig sei. Er habe Hochachtung vor den Mitarbeiter*innen der beiden Übersetzungsbüros in Bielefeld.

Herr Möller weist darauf hin, dass die Stadt Bielefeld vorbildlich mit dem Thema Übersetzung von Text in leichte Sprache, vor allem in Bezug auf die Homepage der Stadt Bielefeld und Formulare aus dem Serviceportal der Stadt Bielefeld, umgehe.

Bezüglich der Verteilung von Rampen für Geschäfte zur Überwindung von Treppenstufen teilt Frau Schönfeld mit, dass diese zum Teil von Geschäften abgelehnt worden seien. Frau Schönfeld empfiehlt Herrn Möller, diesbezüglich die Selbsthilfegruppen mit einzubinden. Herr Möller teilt mit, dass er die Kooperation mit den

Selbsthilfegruppen begrüße. Bezüglich der Ablehnung der Rampen werde es noch einen Presseartikel geben.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte bereits unter Punkt 8 dieser Sitzung.

-.-.-

Zu Punkt 10 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

- Herr Winkelmann berichtet aus der Sitzung des **Sozial- und Gesundheitsausschusses** vom 26.10.2021. Relevantes Thema für Menschen mit Behinderung sei, dass die Kooperationsvereinbarung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) mit der Stadt Bielefeld bezüglich der Fachstelle Frühförderung auslaufe und die Aufgaben an den LWL zurückgingen. Der Beirat für Behindertenfragen müsse darauf achten, dass zumindest die Beratung in Bielefeld weiterhin angeboten werde.
- Herr Seidenberg berichtet aus der Sitzung des **Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz**. In der Sitzung sei die Aufstellung eines Pflege- und Entwicklungsplans für die Reiherbachaue Osthus, Drucksachen-Nr. 0941/2020-2025/1, beschlossen worden. Es solle ein Fuß- und Radweg entlang der Karl-Triebold-Straße bis zum Kranzheider Weg angelegt werden, dessen bauliche Ausgestaltung für Menschen mit Behinderung problematisch sein könne.
- Vorsitzender Herr Dr. Bruder berichtet aus der Sitzung des **Stadtentwicklungsausschusses** vom 02.11.2021. Der Antrag des Beirates für Behindertenfragen zur „Toilette für alle“, Drucksachen-Nr. 2019/2020-2025/1, sei behandelt worden. Der **Stadtentwicklungsausschuss** habe beschlossen, an zwei geeigneten Stellen im Stadtzentrum eine öffentliche, barrierefreie Toilette nach den Maßgaben des Projektes „Toiletten für alle“ der Stiftung Leben Pur einzurichten. Darüber hinaus sei ein Antrag der Koalition beschlossen worden. Danach werde die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob bei öffentlichen Veranstaltungen eine mobile, barrierefreie Toilette zur Verfügung gestellt werden könne.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 12 **Bericht an die Presse**

Frau Dörrie-Sell regt an, dass der Beirat für Behindertenfragen eine Pressemitteilung über den Beschluss des **Stadtentwicklungsausschusses** zur Errichtung von zwei „Toiletten für alle“ anfertigen solle.

In einer Diskussion sprechen sich Vorsitzender Herr Dr. Bruder, Herr Walczok und Herr Winkelmann gegen eine Pressemitteilung zum jetzigen Zeitpunkt aus. Vorsitzender Herr Dr. Bruder hält fest, dass die Presse informiert werde, sobald die „Toilette für alle“ errichtet sei.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Bruder
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführer)